



Dr. Ingeborg Beer

Integration, Vielfalt und Beteiligung in der „Sozialen Stadt“

Nachdenkliche Bilanz zur Umsetzung eines zentralen Programmziels



Die „Soziale Stadt“ ist das wohl weitreichendste Beispiel für ein sozialräumlich ausgerichtetes, integriertes und ressortübergreifendes Förderprogramm. Durch finanzielle Unterstützung und Mittelbündelung, Managementstrukturen und Empowerment hat es seit seiner Implementierung bemerkenswerte Beiträge für den sozialen Zusammenhalt der Städte geleistet: durch die Verbesserung der Kontextbedingungen in den Quartieren, die Stabilisierung von Lebensbedingungen, die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements. Eine zentrale Dimension jedoch ist nach wie vor wenig eingelöst: das Mitdenken, Mitmachen und Mitentscheiden der Menschen aus *allen* sozialen und kulturellen Milieus, auch derer, die nur schwer erreichbar sind.

Das Quartier – eine „Integrationsmaschine“?

Die Stadt galt lange Zeit als ‚Integrationsmaschine‘ (Häußermann 2005), in welcher Menschen verschiedener sozialer und kultureller Herkunft in wesentlichen Lebensbereichen auch Möglichkeiten des Dazugehörens fanden. In den letzten drei Jahrzehnten aber ist die Teilhabe an den gesellschaftlichen Funktionssystemen wie Arbeit und Bildung, Wohnen und Gesundheit für viele unsicherer und oft unmöglich geworden. Globale wirtschaftsstrukturelle Entwicklungstrends führten zum Wegfall einfacher Arbeitsplätze. Der Wohnungsbau wurde als soziale Aufgabe stark vernachlässigt. Bildungschancen sind in hohem Maße von *sozialer* Herkunft abhängig. Integration im Sinne einer „möglichst gleichberechtigte(n) Partizipation an dem Chancenangebot in zentralen Bereichen der Gesellschaft“ (Bade 2007, S. 81) ist keine Selbstverständlichkeit.

Da sich ungleiche Teilhabechancen auch sozialräumlich manifestieren, gewann Ende der neunziger Jahre das Bild von der „gespaltenen Stadt“, in der sich Wohnorte für „Arme“ und „Wohlhabende“ immer mehr auseinanderentwickeln, an Kontur. Mit seinen sozialwissenschaftlichen und stadtpolitischen Implikationen ebnete es den Weg für eine sozialräumlich orientierte Stadtentwicklungspolitik, führte zum Bedeutungsgewinn der Quartiersebene als Interventionsraum und zum Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (kurz: Soziale Stadt). Neue Hoffnungen auf eine „Integrationsmaschine Quartier“ (Dangschat 2000) lassen sich an diese sozialtechnisch klingende Funktion nicht knüpfen, denn: Soziale Ungleichheit lässt sich auf der lokalen Ebene nicht lösen. Sie verfügt nicht über die erforderlichen Voraussetzungen für eine strukturelle Integration der Menschen in die Gesellschaft – ob mit oder ohne

Zuwanderungsgeschichte. Mit der Hinwendung zum Quartier kann es allerdings möglich werden, „dass im überschaubaren Rahmen der Wohnquartiere oft ungenutzte Ressourcen politischer, sozialer und ökonomischer Teilhabe und neue Chancen integrierter Politikansätze vorhanden sind“ (Reutlinger 2009). Hierauf kann sich die „Soziale Stadt“ beziehen. Mit dem Instrument Quartiersmanagement zielt es auf Netzwerke, soziales Kapital, Aktivierung und Beteiligung. Und in Verbindung damit können investive Mittel auf benachteiligende Kontextbedingungen einwirken, Kita oder Schule, Stadtteilzentrum oder Seniorenanlaufstelle für einen begrenzten Zeitraum die Rahmenbedingungen für Teilhabe im Quartier verbessern.

Soziale-Stadt-Quartiere als Migrationsorte

In Soziale-Stadt-Quartieren leben überdurchschnittlich viele Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte. Diese Tatsache wird – und Florian Weber weist dies anhand von Dokumenten und Interviewergebnissen aus dem Programmkontext nach – eng mit „Integrationsdefiziten“, „Integrationsbedarf“ oder „Integrationsproblemen“ verwoben (vgl. Weber 2012). Das Quartier als *Migrationsort* erscheint allein deshalb als ein *Problemort*. Auch bei der Auswahl der Gebiete zur Programmaufnahme und in den Beschreibungen der Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzepte wird ein hoher Anteil von „Menschen mit Migrationshintergrund“ meist mit der „Konzentration von sozial Benachteiligten“ gleichgesetzt. Die „Integration von Migrantinnen und Migranten“ wurde 2005 als ein förderbarer Maßnahmen-schwerpunkt in die Verwaltungsvereinbarung aufgenommen (BMVBW 2005, S. 9). Damit eröffnen sich zwar zielgruppen-spezifische Unterstützungsmöglichkeiten, doch ergeben sich



mit dem selbstverständlichen Zusammendenken von Migrationsgeschichte und Integrationsbedarfen eine Reihe von problematischen Zuschreibungen, die mit der „Sozialen Stadt“ eigentlich gemindert werden sollen. Dazu lassen sich unter Bezug auf einige Fachbeiträge zum Thema Migration und Integration nachdenkenswerte Gedanken vorbringen.

Zunächst wirft Mark Terkessidis die Frage auf, in welches Gebilde sich „Menschen mit Migrationshintergrund“ eigentlich eingliedern sollen (Terkessidis 2010, S. 27). Und auf eine längst veränderte Realität, für die traditionelle Integrationsvorstellungen nicht geeignet sind, verweist auch Warnfried Dettling, denn dort, wo „die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund hat, macht es keinen Sinn mehr, von den Deutschen als einer homogenen Mehrheit auszugehen, an die sich heterogene Minderheiten anzupassen hätten“ (Dettling 2011, S. 8).

Mit der Gleichsetzung von Migrationsgeschichte und Integrationsbedarfen lassen sich die Potenziale migrationsgeprägter Quartiere, die eigentlich erkannt, entwickelt oder gestärkt werden sollen, leicht übersehen. Verweise auf „ethnische Segregation“, „Parallelgesellschaft“ oder gar „Ghettobildung“ spielten im vergangenen Jahrzehnt eine größere Rolle als heute. In der Charakterisierung der Keupstraße in Köln-Mülheim durch Wolf-Dietrich Bukow und Erol Yildiz und den Verweis auf ihre Untersuchung heißt es: „Der ethnographische Blick auf das Leben vor Ort verhilft zu differenzierten Einsichten in die soziale Praxis der Migranten, aber auch der verbliebenen ‚Alteingesessenen‘ (...). Die besonderen Erfahrungen der Bewohner sind in den Mittelpunkt gerückt worden, die Eigenperspektiven von Migranten sichtbar gemacht worden und als konstitutiver Bestandteil von Migrationsprozessen einbezogen. Uns geht es darum, die Kompetenzen zu identifizieren, die zum Erfolg im Quartier beigetragen haben und deren Relevanz für die Gestaltung des urbanen Alltags sichtbar zu machen. Die Bewohner unterscheiden sich von den erfolglosen Alteingesessenen faktisch nur in zwei Punkten, in der Mobilitätserfahrung und im Umgang mit Diversität“ (Bukow/Yildiz 2005).

Schließlich erweist sich der Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ auch auf Ebene der Individuen als eine Falle, die auch in der Öffentlichkeitsarbeit wirksam werden kann.

Sie werden mit *einem* Merkmal ihrer Persönlichkeit, nämlich ihrer *Zuwanderungsgeschichte* identifiziert, welches zudem vergangenheitsorientiert ausgerichtet ist. Chancen, dass sich alle gemeinsam um eine bessere Zukunft im Quartier bemühen und dafür gemeinsame Vorstellungen entwickeln, rücken in den Hintergrund.

Perspektivwechsel: Von Integration zu Vielfalt und Inklusion

Nach dieser ersten Bilanzierung zum „Integrations“-Verständnis in der „Sozialen Stadt“ deutet sich an, dass dieses für künftige Strategien nicht tauglich sein wird. Dagegen wird die migrationsbedingte Heterogenität in Form von sprachlicher, ethnischer, kultureller und religiöser Differenz, vielschichtigen Lebenslagen und Milieuzugehörigkeiten in den Konzepten von *Vielfalt* und *Diversität* deutlich. Warnfried Dettling wirbt für eine Kultur der Integration, „welche die Vielfalt und Verschiedenartigkeit in der Gesellschaft nicht nur wohl oder übel hinnimmt, sondern darin einen Auftrag und eine Chance sieht: den Auftrag, allen gerecht zu werden und allen zur Entfaltung ihrer Potenziale zu verhelfen, und die Chance, diese Potenziale zu einem gemeinsamen Erfolg zu führen“ (Dettling 2011, S. 10).

Die Gegenüberstellung von „Dinnen“ und „Draußen“, von „Wir“ und den „Anderen“ erschwert Kommunikation auf Augenhöhe. Sie vermittelt Hierarchie und Ausschluss. Dies unterstreicht auch Mark Terkessidis: „Tatsächlich fühlen sich die meisten Menschen mit Migrationshintergrund bei der Anrufung dieses ‚Wir‘ ausgeschlossen“ (Terkessidis 2010, S. 48). Das Ziel der Inklusion dagegen korrespondiert mit Vielfalt und Diversität und geht von Zugehörigkeit aus. Inklusion beginnt im Kopf, heißt es. Als kürzlich in einem Projekt die Auffassung vertreten wurde, „Roma-Kinder gehen nicht zur Schule“ wurde eine Korrektur im Sinne einer inklusiven Sprache angemahnt: „Es gibt viele Kinder, die nicht zur Schule gehen, darunter sind auch Roma.“ Die ursprünglich exklusive Zuschreibung wurde als Stigmatisierung wahrgenommen und darauf hingewiesen, dass, wenn dem so sei, auch die besonderen Hintergründe beleuchtet werden sollten.

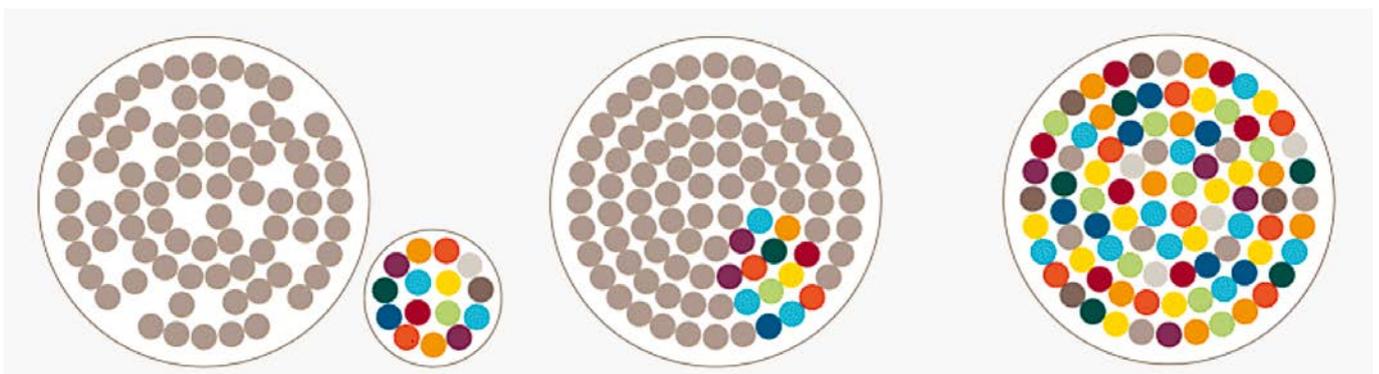


Abb. 1: Exklusion – Integration – Inklusion (Quelle: Aktion Mensch)



Bürgermitwirkung zwischen Anspruch und Wirklichkeit

In der Städtebauförderung war Bürgerbeteiligung von jeher eine wesentliche Voraussetzung und Erfolgsbedingung für die Sanierung der Städte und den Ausbau von Infrastruktureinrichtungen. In der „Sozialen Stadt“ geht der Anspruch weiter: Hier sind Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft ein zentrales Ziel. Dies wird im Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘ vom 29.08.2005 betont: „Die Bürgermitwirkung war aber nicht eigentliches Ziel der Quartiersentwicklung. Im Falle der vom sozialen Abstieg bedrohten Stadtteile geht der Anspruch weiter.“ Hierbei hat die Stärkung von *Identifikation* mit dem Quartier eine große Bedeutung.



Abb. 2: Quartiersrätekongress 2015 in Berlin
(Foto: Benjamin Pritzkuleit)

Zunächst einmal lässt sich feststellen, dass die „Soziale Stadt“ ein breites Repertoire an Beteiligungsansätzen in den Quartieren hervorgebracht hat und in hohem Maße ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement zum Einsatz kommt. Die Ergebnisse sind in zahlreichen Broschüren aus den Kommunen und Quartieren dokumentiert und bewertet.

- Die größte Rolle spielt die **projekt- und themenbezogene Beteiligung**, die schon meist bei der Vorbereitung und Planung oder Ideengenerierung beginnt. Sie bezieht sich auf alle Handlungsfelder, von der Wohnumfeldgestaltung bis hin zu kulturellen Ereignissen.
- Die **zielgruppenbezogene Beteiligung**: Sie bezieht sich in erster Linie auf Alters- und Herkunftsgruppen, kann Kinder, Jugendliche oder ältere Menschen betreffen. Beispiele dafür sind Elterncafés, Stadtteilmütter, Interkulturelle Gärten.
- **Quartiersbezogene Beteiligung**: In den Quartieren werden Beteiligungs- und Netzwerkstrukturen entwickelt, die auf das Mitwirken der Bewohnerschaft wie lokaler Akteure ausgerichtet sind. Hierzu zählen Stadtteilkonferenzen und Quartiersworkshops, Zukunftswerkstätten, Bürgerforen und Bürgerversammlungen.
- **Quartiersübergreifende Beteiligung**: Diese Beteiligungsformen ermöglichen Brücken in die Gesamtstadt,

zu anderen Milieus und Institutionen, haben aber einen relativ geringen Stellenwert. Meist handelt es sich dabei um Projekte im Kulturbereich. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist die Komische Oper Berlin, die den Soziale-Stadt-Quartieren mit dem Kinderchor und dem interkulturellen Projekt „Operndolmus“ unter Leitung von Mustafa Akca interessante Teilhabechancen bietet und in den Quartieren präsent ist.



Abb. 3: „Operndolmus“, Projekt der Komischen Oper Berlin
(Foto: Mustafa Akca)

Oper trifft Stadtteil

Das Format ist neu: Es geht darum, dass die Oper ihre Schwellen in die Stadtteile noch mehr senkt und mit den Bewohnerinnen und Bewohnern in den Dialog tritt. In gut dreißig Minuten zeigen die Künstler ein unterhaltsames und mitreißendes Programm. Dargeboten wird eine kleine Auswahl an Arien und Duetten aus mehr als dreihundert Jahren Opern- und Operettengeschichte, verbunden durch erklärende Worte des Dramaturgen. Die Sänger und Musiker sind alle professionelle Künstler, die normalerweise bei uns auf der Bühne oder im Orchestergraben singen und musizieren. Somit lässt sich in vertrauter Atmosphäre Musiktheater hautnah erleben. Nach jeder Aufführung kommen die Zuschauer und beteiligten Künstler ins Gespräch.

In den Bewertungen der Beteiligungsformen und -angebote werden meist zwei Ebenen betrachtet: zum einen die „Reichweite“ von Partizipation und zum anderen die soziale Selektivität der Beteiligung.

Beteiligung findet vor allem auf den „Vorstufen zur Partizipation“ statt.

Wo können Beteiligungsprojekte in der Sozialen Stadt auf der Stufenleiter der Partizipation angesiedelt werden? Dieser Frage ging Wiebke Claussen nach und sie kommt zu folgendem Schluss (vgl. Abb. 4): „Die Beteiligungsformen in ‚Soziale Stadt‘-Quartieren sind auf allen Ebenen der Stufenleiter der Partizipation verteilt. Einige Formen finden sich auch auf der Ebene der Scheinbeteiligung (1). Viele sind Informationen (3). Der größte Teil ist auf der Ebene der Vorstufen zur Partizipation“

on anzusiedeln. Einige Beispiele sind den oberen Stufen (6-9) zugeordnet.“ Gleichwohl scheinen auf diesen oberen Stufen eindeutige Hinweise zu fehlen, „in welchem Maße tatsächlich Entscheidungsmacht abgegeben wird, wie inklusiv diese Strukturen zusammengesetzt sind und wie eine lokale demokratische Partizipationskultur gelingen könnte.“ (Claussen 2013, S. 6).

Als Formen, die über die Vorstufen von Partizipation hinausgehen, werden beispielsweise Quartiersräte und Quartiersfonds, Stadtteilvereine oder Wohnprojekte angesehen.

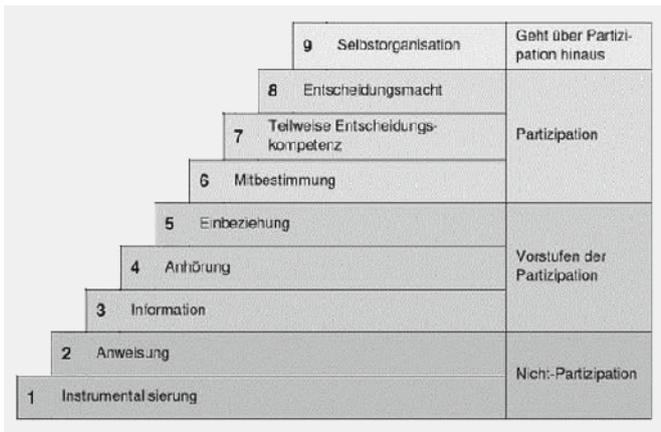


Abb. 4: Stufenleiter der Partizipation (Quelle: Wright 2010, S. 35-52)

Beteiligung ist sozial selektiv

Hinsichtlich der Frage, welche Gruppen sich an den Entwicklungsprozessen und Projekten in den Quartieren beteiligen, wird in der Studie „Partizipation vor Ort“ dargelegt, dass eine kontinuierliche und systematische Beteiligung der Menschen mit Migrationshintergrund noch zu wenig gelungen ist, aber auch betont: „Die Fähigkeit und die Bereitschaft zu Beteiligung sind auch bei den Menschen ohne Migrationshintergrund sozial selektiv. Berufstätige und Menschen mit höherer Bildung sind erfahrungsgemäß stärker bereit und in der Lage, sich zu engagieren“ (IfS 2011, S. 179).

Es gibt nur wenige migrationsspezifische Barrieren

Zwar gibt es vielfältige Barrieren für eine lokale Beteiligungskultur und das Erreichen *aller* Milieus – doch nur wenige davon sind migrationsspezifisch. Dazu zählen Verständigungsprobleme, fehlende Erfahrungen mit Beteiligung, institutionelle Verhaltenserwartungen und Diskriminierungserfahrungen sowie auch fehlende zeitliche Ressourcen.

Vielfältige Barrieren ergeben sich durch Institutionen und Gesellschaft

Die Teilhabechancen zugewanderter Menschen sind, soweit sie keine Deutschen sind, für sie auch rechtlich definiert, von Herkunftsland und Aufenthaltsstatus abhängig. Dies betrifft insbesondere die Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer sowie die Geflüchteten, soweit sie keinen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf Sprach- und Integrationsförderung

durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben. Eine weitere Barriere besteht in der Stigmatisierung der Quartiere oder der Schulen. Kennzeichnungen wie „Brennpunkt“ wirken wenig motivierend, um sich zu engagieren. Schließlich verbaut Diskriminierung Beteiligungschancen. Daniel Strauß, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Sinti und Roma Baden-Württembergs, erklärte dazu: „Das größte Inklusionshemmnis ist der gesellschaftliche Antiziganismus“ (Strauß).

Ausblick

Während in der Vergangenheit Migration und Integrationsanfordernisse das Verständnis der „Sozialen Stadt“ prägten, werden die Konzepte von Vielfalt und Diversität sowie von inklusiver Beteiligung neue Impulse auslösen. Inklusive Beteiligungsstrategien gehen von Zugehörigkeit, Vielfalt und auch unterschiedlichen „Typen“ sowie gemeinsamen Anliegen aus – nicht von der Trennung der Zielgruppen, von Vergangenheitsaspekten und der Anpassung an eine „Mehrheitsgesellschaft“. Diese Orientierung scheint deshalb wegweisend,



Abb. 5: Es ist angerichtet (Foto: Benjamin Pritzkeleit)

weil sie der wachsenden Heterogenität in den Städten und Quartieren entspricht und weil sie auf die Zukunft gerichtet ist. Gleichwohl kann dieser Perspektivwechsel mit seinen praktischen Implikationen nicht durch das Quartiersmanagement allein geleistet werden. Er wird nur gelingen, wenn alle Ressorts das Konzept der Diversität prüfen und dafür Beteiligungsstrukturen anregen: an Kitas und Schulen, im Kulturbereich, im Wirtschaftsressort. Diversitätsbewusste Bildung, die migrationsgesellschaftliche Öffnung der Institutionen und der Abbau von Diskriminierungen sind keine einfachen, aber zukunftsweisende Aufgaben.

Dr. Ingeborg Beer, Stadtsoziologin

Stadtforschung + Sozialplanung, Berlin

Quellen:

Bade, Klaus (2007): Versäumte Integrationschancen und nachholende Integrationspolitik, in: K. Bade/H.-G. Hiessrich (Hrsg.): Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis, Göttingen, S. 21-95.



Baumministerkonferenz (2005): Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, online verfügbar unter: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=CGI5FK4X> (Stand: 14.11.2015).

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2012): Gespaltene Stadtgesellschaften? BBSR-Berichte KOMPAKT 03/2012. Bonn.

Belwe, Katharina (2006): Editorial. Parallelgesellschaften? Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2006.

Bukow, Wolf-Dietrich/Yildiz, Erol (2005): Urbaner Wandel durch Migration am Beispiel eines Einwandererquartiers in Köln-Mülheim: Die Keupstraße.

BMVBW – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2005): Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 a Absatz 4 des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV-Städtebauförderung 2005), online verfügbar unter: <http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauf/SharedDocs/Publikationen/StBauf/VVStaedtebaufoerderung2005.pdf?blob=publicationFile&v=1> (Stand 10.10.2015).

Claussen, Wiebke (2013): Wo können Beteiligungsprojekte in der Sozialen Stadt auf der Stufenleiter der Partizipation angesiedelt werden? In: e-Newsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 04/2013 vom 13.12.2013, online verfügbar unter: <http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletterbeitraege/nbbclaussen131213.pdf>. (Stand: 13.10.2015)

Dangschat, Jens (2000): Segregation. In: Häußermann, Hartmut (Hg.): Großstadt. Opladen, S. 207-220.

Dettling, Warnfried (2011): Diversität als Herausforderung für Kommunen in Deutschland, online verfügbar unter: <https://www.wegweiser-kommune.de/documents/10184/28794/DiversitaetHerausforderungDettling.pdf/ec32286a-f43e-485b-a7c7-a7b3c8ecb8d6>. (Stand: 13.11.2014)

DIFU Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2002): Aktivierung und Beteiligung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“. In: Soziale Stadt Info 7, der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, S. 2-6.

Häußermann, Hartmut (1998), Zuwanderung und die Zukunft der Stadt, in: Heitmeyer/Dollase/Backes (Hrsg.): Die Krise der Städte, Frankfurt a.M., S. 145-175.

Häußermann, Hartmut (2005): Integration und Urbanität – eine problematisch gewordene Beziehung. In: DIFU (Hg.): Zukunft von Stadt und Region. Band 1: Integration und Ausgrenzung in der Stadtgesellschaft. Wiesbaden: VS: S. 19-51.

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2007): Integration trotz Segregation – zum Stand der wissenschaftlichen Debatte, online verfügbar unter: <http://www.schaderstiftung.de/themen/vielfalt-und-integration/fokus/sozialraeumliche-integration/artikel/integration-trotz-segregation-zum-stand-der-wissenschaftlichen-debatte/> (Stand: 13.11.2015)

Heitmeyer, Wilhelm (1998): Versagt die Integrationsmaschine Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen, in: Heitmeyer, W./Dollase, R./Backes, O. (Hrsg.): Die Krise der Städte, Frankfurt a.M.

Heitmeyer, Wilhelm/Dollase, Rainer/Backes, Otto (Hrsg.) (1998): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt/M.

IfS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik Berlin (2011): Partizipation vor Ort (Endbericht). Erstellt im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Kooperation mit der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. Berlin.

Reutlinger, Christian (2009): Vom Sozialraum als Ding zu den subjektiven Raumdeutungen. In: sozialraum.de (1) Ausgabe 1/2009, online verfügbar unter: <http://www.sozialraum.de/reutlinger-vom-sozialraum-als-ding.php> (Stand 29.10.2015)

Schnur, Olaf/Drilling Matthias (2011): Jahrestreffen 2011 des AK Quartiersforschung der Deutschen Gesellschaft für Geographie: Migration und Integration in Stadtquartieren. Call for Papers, online verfügbar unter: <http://www.quartiersforschung.de/download/CFP%20Stuttgartfinal.pdf> (Stand 10.10.2015)

Siebel, Walter (2011): „Integration trotz Segregation“ – Stadtforscher Walter Siebel im Gespräch, online verfügbar unter: <http://www.goethe.de/lhr/prj/daz/mag/igd/de7164894.htm> (Stand 12.11.2015)

Terkessidis, Mark (2010): Interkultur. Berlin. Suhrkamp.

Weber, Florian (2012): Zur Problematisierung „kultureller Differenzierungen“ in der quartiersbezogenen Stadtpolitik „Soziale Stadt“. In: Schnur, Olaf/Zakrzewski, Philipp/Drilling, Matthias (Hrsg.): Migrationsort Quartier. Zwischen Segregation, Integration und Interkultur. Wiesbaden, S. 55-73.

Wright, Michael T. (Hrsg.) (2010): Partizipative Qualitätsentwicklung in der Gesundheitsförderung und Prävention. Bern, Hans Huber Verlag.

Internet/Homepage:

GEW: Interkulturelle & diversitätsbewusste Bildung, verfügbar unter: <http://www.gew.de/migration/interkulturelle-bildung/>

Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ vom 29.08.2005, verfügbar unter: <http://www.lbv.brandenburg.de/744.htm>

Strauß, Daniel: Sinti- und Roma-Familien in der Sozialen Arbeit, Homepage der AWO. Verfügbar unter: http://www.awo.org/aktuelles-und-presse/presse/einzelansicht/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=604



Herausgeber und Redaktion wünschen besinnliche Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr 2016!